



Seite 2:
Ameos-Betriebsrat beim Neujahrsempfang
im Salzlandkreis



Seite 3:
Gedenkveranstaltungen im Salzlandkreis



Seite 7:
Jan Korte unterstützt Volksbegehren für
mehr Lehrkräfte

DIE LINKE ZEITUNG

2/2020

Spende erbeten

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis



Demonstration für die Ameos-Beschäftigten

Unterstützung vom Parteivorsitzenden bei der Verdi-Demonstration in Magdeburg, Foto: Alexander Sorge

Genosse Sebastian Möbius aus Bernburg studiert Journalismus in Magdeburg und hat uns diesen Bericht über die Soli-Demo zur Verfügung gestellt:

Pfeifen trillern, Streikparolen und aus den Lautsprechern des „Streikwagens“ dröhnt Musik: Zu dieser Unternehmung ziehen rund 750 Menschen auf den Alten Markt in Magdeburg. Vor dem Rathaus versammeln sich die Streikenden und lauschen den auf einer Bühne versammelten Rednerinnen und

Rednern. Die meisten Teilnehmer tragen neongelbe Verdi Westen und trillern lautstark in ihre roten Pfeifen. Viele haben selbstgebastelte Schilder mit dabei. Auf einem steht „Der Mensch ist keine Ware“ oder „AMEOS - wir haben euch durchschaut“. Doch manch ein Magdeburger wird leicht irritiert über den angrenzenden Wochenmarkt gegangen sein und sich gefragt haben, warum streiken die vielen Leute eigentlich und wofür?

Der Ausgangspunkt dessen liegt im Juli 2019. Da fordert die Gewerkschaft Verdi

mehr

Gehalt für die AMEOS-Mitarbeiter und dass der Gesundheitsdienstleister den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes anerkennt. Aktuell verdienen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rund 500 Euro unter dem üblichen Branchendurchschnitt. Da sich bis Ende Januar keine Einigung gefunden hat, streiken die Mitarbeiter der Kliniken im Salzlandkreis unbefristet.

Verdi hat sich auf bis zu 15 Wochen Streik eingestellt. Und, dass die Leute über

Fortsetzung auf Seite 2

Sachsen-Anhalt hinaus gehört werden zeigt die Resonanz der Besucher. Frank kommt aus Osnabrück und ist im AMEOS-Klinikum Osnabrück angestellt. „Wir hatten vor drei Jahren 12 Wochen gestreikt, erst dann ist AMEOS weich geworden. Für mich war es eine Selbstverständlichkeit die Kollegen in Sachsen-Anhalt zu unterstützen, auch wenn ich dafür extra Urlaub nehmen musste“, so der Krankenpfleger. Außerdem waren Unterstützer aus Essen, Köln und Recklinghausen vor Ort.

Die Reden haben im Publikum großen Anklang gefunden. So sagte Saskia Esken, Bundesvorsitzende der SPD, dass AMEOS umgehend die fristlosen Kündigungen zurücknehmen solle und den Streikenden zollte sie Respekt und forderte zum Durchhalten auf. Auch Bernd Riexinger, Parteivorsitzender DIE LINKE. und Mitglied des Bundestages, forderte die Streikenden zum Weitermachen auf. „Streikrecht ist ein Grundrecht“, so Riexinger. Auch Ricarda Lang von den Grünen fand viel Zustimmung im Publikum. Die stellvertretende Bundesvorsitzende mahnt auch die Rolle der Frau an. „Es arbeiten deut-

lich mehr Frauen in den Pflegeberufen und es ist längst überfällig, dass diese auch endlich gleiches Gehalt bekommen. Die Leistung wird gerade bei Frauen immer noch nicht so wertgeschätzt wie sie es sollte“, sagte Lang.

Unruhe gab es immer, wenn vom AMEOS-Vorstandsvorsitzenden Dr. Axel Paeger die Rede war. Laute Buh-Rufe und das Trillern der Pfeifen übertönten teilweise sogar die Rathausglocken, die zur vollen Stunde schlugen. Paeger hatte am vergangenen Montag bei der MDR-Talkrunde „FAKT IST!“ behauptet, lediglich vier Prozent der Beschäftigten im Salzlandkreis würden streiken. „Das sind 160 von 4000“, so der Vorstandsvorsitzende im MDR. Bei einer Teilnehmerzahl von rund 750 Beschäftigten waren dann doch mehr als vier Prozent gekommen.

Neben den Rednerinnen und Rednern und den Streikenden zeigten am Mittwochmittag auch politische Parteien und Gewerkschaften wortwörtlich Flagge. Neben SPD, Jusos und DIE LINKE. waren auch Vertreter von Verdi und des DGB mit von der Partie. Letztere hatten auch eigene Stände aufgebaut an denen Lesematerial, Naschwerk und die

obligatorischen Kugelschreiber zum Mitnehmen bereitlagen. Die Stände animierten auch einige Wochenmarktbesucher zum Vorbeischaun. Einige hatten darüber hinaus Gesprächsbedarf und es gab einige längere Diskussionen zwischen Gewerkschaftsvertretern und interessierten Bürgern.

Bei eisigem Wind wurden die Hände schon nach kurzer Zeit im Stehen kalt. Deshalb waren Kaffeestand und Gulaschkanone am Alten Markt vor Ort, um die frierenden Teilnehmer aufzuwärmen. Dies war nach Ankunft am Rathaus auch bitter nötig, denn die Streikenden hatten schon einige Kilometer hinter sich. Die Demo startete bereits um 10 Uhr am Schleinufer, direkt an der Elbe. Dort waren die meisten Teilnehmer mit von Verdi bereitgestellten Bussen abgesetzt worden. Von dort aus ging es über den Domplatz, wo Stefan Gebhardt, Geschäftsführer DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, eine einstimmende Rede hielt, weiter zum Alten Markt, wo die Veranstaltung dann am Nachmittag endete.

Sebastian Möbius, DIE LINKE Bernburg

Ameos-Betriebsrat beim Neujahrsempfang im Salzlandkreis

Christian Härtel, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Rund achtzig Gäste aus dem gesellschaftlichen Leben, ehrenamtlich Aktive und Parteifreunde aus den Regionen Aschersleben, Bernburg, Schönebeck und Staßfurt folgten kürzlich der Einladung zum LINKEN Neujahrsempfang nach Bernburg.

Die Salzlandkreis-LINKE konnte dort gemeinsam den Landesvorsitzenden Stefan Gebhardt und der Vize-Landtagsfraktionsvorsitzende Eva von Angern u.a. Landrat Markus Bauer, Bernburgs stellvertretenden Oberbürgermeister Paul Koller sowie Beschäftigte und Betriebsräte des AMEOS-Klinikums in ihren Reihen willkommen heißen. Für den musikalischen Rahmen sorgte Andreas Schneidewind aus Calbe.

Direkt aus Berlin nach Bernburg angeht war Jan Korte, der in seiner Funktion als 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der LINKEN-Bundestagsfraktion den Gästen des Empfangs einen Einblick in die neuesten politischen Entwicklungen der Bundespolitik gewährte. Er sparte dabei nicht mit Kritik an der Bundesregierung, die mit ihren Beschlüssen wie dem unsozialen Klimapaket Politik zulasten der Menschen in Dörfern und Kleinstädten sowie Rentnern, Geringverdienern und Erwerbslosen mache, die jeden Euro zum Leben mehrmals umdrehen müssten und für die nun Mobilität, Wohnen und Heizen deutlich teurer zu werden drohe.

Sabine Dirlich bekräftigte in ihrer Rede die Forderung der LINKEN nach einer deutlich



Gruppenbild beim LINKEN Neujahrsempfang in Bernburg, Foto: Thomas Skoczowsky

besseren Finanzausstattung der Landkreise und Kommunen. Die Aufgaben der Öffentlichen Daseinsvorsorge für die Menschen vor Ort könnten nur gewährleistet werden, wenn von den Steuereinnahmen des Bundes endlich mehr Gelder bei den Städten und Dörfern ankämen.

Mit viel Applaus bedacht wurden die Vertreter des AMEOS-Betriebsrates für ihr muti-

ges Eintreten für verbesserte Arbeitsbedingungen, ordentliche Tarifverträge und mehr Wertschätzung ihrer aufopferungsvollen Arbeit für die Menschen im Salzlandkreis. Die Beschäftigten der Kliniken in der Region brauchen die uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung aus der gesamten Bevölkerung, um ihre berechtigten Forderungen durchsetzen zu können, zeigten sich alle Anwesenden überzeugt.

Kranzniederlegung zum Tag der Opfer des Nationalsozialismus in Schönebeck

Christa Beier, Ortsvorsitzende DIE LINKE ELSALAND

Am 27.01.2020 fand in Schönebeck am Mahnmahl für die Opfer des Nationalsozialismus eine Kranzniederlegung, organisiert von der LINKEN, statt. Anlass dafür war der 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Sowjetarmee. An der Veranstaltung nahmen neben Mitgliedern der LINKEN und der IG Metall auch Stadträte der SPD, Mitarbeiter des Friedensfahrtmuseums und des Kreismuseums sowie Bürgerinnen und Bürger teil.

In seiner Rede ging das Mitglied der Ortsleitung ELSALAND, Roland Claus, auf die nationalsozialistischen Verbrechen ein, denen vor allem Juden, Sinti und Roma, Behinderte und Homosexuelle, politische Gegner und Kriegsgefangene zum Opfer fielen. Die Nationalsozi-



Gedenken in Schönebeck, Foto: Paul Schulz

alisten wollten mit der Vernichtung der Juden in den Konzentrationslagern die Endlösung der Judenfrage erreichen. Wenn heute der Millionen Opfer des Nationalsozialismus ge-

dacht wird, so muss auch darauf verwiesen werden, dass es heute Tendenzen und Kräfte gibt, die diese Verbrechen abstreiten oder verharmlosen. Rene Wölfer von der SPD setzte sich ebenfalls dafür ein, der Opfer zu gedenken und den antisemitischen und volksverhetzenden Taten und Gedanken entgegen zu treten.

Durch mehrfache Veröffentlichung des Termins in den Medien war die Beteiligung höher als in den anderen Jahren. Leider nahm aber wieder kein Vertreter der Stadtverwaltung an der Gedenkveranstaltung teil.

Gedenkveranstaltungen in Hecklingen und Staßfurt

Klaus Magenheimer, Ortsvorsitzender DIE LINKE Staßfurt

Vor 75 Jahren, am 27. Januar 1945, wurde das Konzentrationslager Auschwitz durch die Rote Armee befreit. Seit der damalige Bundespräsident Roman Herzog im Jahr 1996 diesen 27. Januar zum Gedenktag ausgerufen hat, finden Mahn- und Gedenkveranstaltungen am Ehrenmal in Hecklingen auf Einladung der Partei DIE



Gedenkveranstaltung in Staßfurt, Foto: Karl Seidel

LINKE und des Bürgermeisters statt. Genossin Charlotte Freist hat in diesen Jahren die Verantwortung für die Organisation übernommen.

In seiner Rede in Hecklingen mahnte der Bürgermeister Uwe Epperlein von der Wählergemeinschaft, als Demokraten zusammenzustehen und an diesen Wahnsinn der Vergangenheit zu erinnern. Als junger Mensch habe er Stätten des faschistischen Terrors besucht. Die Ein-drücke, die er an diesen Orten vom perversen Zynismus und nationalsozialistischen Terror bekam, werde er nie vergessen. Er forderte die anwesenden Teilnehmer auf, sich morgen und übermorgen und an den vielen folgenden Tagen für Demokratie und Freiheit, gegen Rassenhass und Ausländerfeindlichkeit einzusetzen, das seien wir den vielen Opfern schuldig.

Auf der sich anschließenden Gedenkveranstaltung in Staßfurt, eingeladen vom Ortsverband der LINKEN, sprach der Ortsvorsitzende Klaus Magenheimer zu den Anwesenden mit den einleitenden Worten: „Das Gedenken an die 65 Millionen Opfer des zweiten Weltkrieges, darunter 6 Millionen europäische Juden,

kann nicht die Aufgabe eines Tages im Jahr und auch nicht nur die Bewertung von etwas geschichtlich Abgeschlossenem sein, sondern muss Dauer-aufgabe für alle demokratischen Kräfte in unserer Gesellschaft bleiben.“ Die Erinnerung an diese furchtbaren Verbrechen darf auch 75 Jahre danach nicht enden. Vor Jahren bekamen Opfer dieser leidvollen Vergangenheit aus Staßfurt auf Initiative von Dr. Reuter wieder Ge-sichter. Durch das Aufspüren von Lebenswegen und das Verlegen von Stolpersteinen gemeinsam mit dem Kölner Künstler Gunter Demnig wurde Geschichte aufgearbeitet und der Opfer gedacht. Schülerinnen und Schüler, sowie Lehrerinnen und Lehrer des Dr. Frank - Gymnasiums, der Hermann - Kasten - Schule und der Tierparkschule kümmern sich weiter um die ver-legten Stolpersteine.

Im Gedenken an die Opfer erinnerte der Redner an den Schwur der Überlebenden des KZ Buchenwald: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus, nie wieder Nazismus!“ Sie gründeten 1947 den Bund der Antifaschisten - die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN - und sind wesentlich beteiligt daran,



Gedenken in Hecklingen, Foto: privat

dass das verbrecherische Kapitel deutscher Geschichte nicht in Vergessenheit gerät. Umso erstaunlicher ist es, dass durch den Staat die Gemeinnützigkeit aberkannt werden soll.

Noch lebende Überlebende des Holocaust zweifeln daran, dass die Menschheit aus

der Ge-schichte gelernt hat. Der Redner ermutigte die Anwesenden mit der Aufforderung: „Lasst sie nicht Recht haben und lasst uns gemeinsam und parteiübergreifend das Gegenteil beweisen! Heute haben wir die Gelegenheit und Verpflichtung genau hinzuschauen, sich dagegenzustel-len und Rassismus bereits am Anfang in die Schranken zu weisen. Gerade bei der Bewältigung großer Herausforderungen dürfen wir es nicht zulassen, dass die Gesellschaft nach rechts rückt. Parolen sollten als Parolen enttarnt werden.“

In Anwesenheit des Oberbürgermeisters Sven Wagner und des Ortsvorsitzenden der SPD, Michael Hauschild, sprach Klaus Magenheimer auch des Fehlens von ausreichenden Finanzmit-teln zur Lösung der kommunalen Aufgaben an und kritisierte die unermesslichen Ausgaben des Staates für die Rüstung und den ungebremsten Waffenexport, durch den wiederum neue Flüchtlingswellen erzeugt werden. Mit einer Minute stillen Gedenkens endete die Veranstal-tung auf dem Staßfurter Friedhof.

Keinen Cent für die Möchtegern-Royals von Preußen!

Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion

„Juden und Mücken sind eine Pest, von der sich die Menschheit so oder so befreien muss. Ich glaube, das Beste wäre Gas.“ Dieses Zitat stammt nicht von Adolf Hitler. Nein, es ist ein Originalausspruch des 1918 gestürzten deutschen Kaisers Wilhelm II. aus dem Jahre 1927. Ex-Kaiser Wilhelm II. saß zu dieser Zeit im niederländischen Exil und sann darüber nach, welche politischen Kräfte ihn zurück an die Macht befördern könnten. Seit 1922 lag mit dem Beispiel Italiens die faschistische Lösung auf dem Tisch und der Aufstieg der NSDAP, vor allem in der Krisenphase der Weimarer Republik, eröffnete den Hohenzollern ganz neue Möglichkeiten. „Der Faschismus sei eine fabelhafte Einrichtung“, hatte Wilhelm schon 1928 geschrieben: „Sozialismus, Kommunismus, Demokratie und Freimaurerei ausgerottet und zwar mit Stumpf und Stil (sic !); eine geniale Brutalität hat dies zuwege gebracht.“ Im März 1932 suchte er dann folgerichtig die Unterstützung der NSDAP, um bei der Wahl zum Reichspräsidenten selbst anzutreten und auf diese Weise womöglich die Monarchie wiederherstellen zu können. Als die Nazis abwinkten, sprach er sich anschließend für Hitler – und gegen Hindenburg – aus. Und nach der Machtübertragung an Hitler, für die er sich vehement einsetzte, zeigte sich Wilhelm in der Öffentlichkeit ganz auf Seiten des neuen Regimes. Am „Tag von Potsdam“, bei dem die Vereinigung von NS-Herrschaft und preußischer Tradition inszeniert wurde, nahm er als Vertreter des Hauses Hohenzollern neben Hitler und Hindenburg teil.

Die Entscheidung der sowjetischen Siegermacht und auch der DDR, den deutschen Adel in ihrem Einflussgebiet vollständig zu enteignen war deshalb moralisch und historisch völlig richtig.

Doch mit dem Fall der Mauer 1989 witterten auch die Hohenzollern wieder Morgenluft. Gleich nach der Wiedervereinigung machten sie Ansprüche nach dem sog. Ausgleichsgesetz geltend und Dr. Louis Ferdinand Prinz von Preußen stellte einen Antrag auf Rückübertragung ehemals im Eigentum des früheren Kronprinzen Wilhelm von Preußen befindlicher Güter. Seither verhandeln sie mit Bund und Ländern über zusätzliche Vermögen und Entschädigungen. Es geht um Geld, wertvolle Antiquitäten und zahlreiche bedeutende Kunstgegenstände, historische Schlösser und Liegenschaften. An diese käme der Clan aber nur bei Umschreibung der Geschichte. Denn ein 1994 verabschiedetes Gesetz verhindert Entschädigungen an Personen oder Institutionen und deren Erben, sofern diese „dem nationalsozialistischen oder dem kommunistischen System in der sowjetisch besetzten Zone

oder in der Deutschen Demokratischen Republik erheblichen Vorschub geleistet“ haben. Mit Christopher Clark von der Universität Cambridge, der in einem Auftragsgutachten dem Kronprinz bescheinigte zu unbedeutend gewesen sei, um bei der Etablierung des NS-Systems eine wichtige Rolle zu spielen, und dem Hindenburg-Biograph Wolfgang Pyta, der Wilhelm gar zum Widerstandskämpfer umdichtete, fanden die Möchtegern-Royals willige Helfer. Um zu verhindern, dass weiter im Geheimen verhandelt und dem Clan womöglich ohne Gerichtsurteil Entschädigungen zugesprochen sowie Kulturgüter übergeben werden, stellte die LINKE im Bundestag den Antrag die Verhandlungen abubrechen und zeitnah gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen, um die Realisierung etwaiger Forderungen ehemaliger Adelshäuser für die Zukunft ein für alle Mal zu unterbinden.

Am 29. Januar 2020 wurde in einer Öffentlichen Anhörung des Kulturausschusses im Bundestag nun über unseren Antrag „Keine Entschädigungen an Nachkommen der Monarchie“ (19/14729) beraten. Und diese Anhörung verlief phasenweise reichlich bizarr.

Im Zentrum stand die Frage, ob der preußische Kronprinz Wilhelm von Preußen in den 1930er-Jahren dem NS erheblichen Vorschub geleistet hat? Das Urteil der Historiker Prof. Dr. Peter Brandt, Dr. Stephan Malinowski und Dr. Stefanie Middendorf fiel übereinstimmend deutlich aus: Der Kronprinz hat vor und nach 1933 dem Nationalsozialismus erheblichen Vorschub geleistet. Der von der Union benannte Sachverständige Benjamin Hasselhorn verstieg sich trotzdem zu der Ansicht, ein abschließendes Urteil sei kaum zu fällen. Außerdem stünde die Frage im Raum, ob nicht die SPD im Vergleich sogar dem Nationalsozialismus mehr Vorschub als die Konservativen und Monarchisten geleistet habe, „weil sie seit 1930 keine Reichsregierung mehr unterstützte und in Schleicher einen gefährlicheren Gegner sah als in Hitler.“ Bezeichnend: Es blieb mir in der Sitzung überlassen diesen ungeheuerlichen Geschichtsrevisionismus zurückzuweisen, während die SPD-Mitglieder im Ausschuss einträchtig schwiegen.

Zum Glück gab es auch noch Beiträge ernstzunehmender Wissenschaftler: Prof. Brandt stellte klar welchen Anteil die Hohenzollern, die auf eine Wiederherstellung der Monarchie innerhalb einer faschistischen Diktatur nach dem Vorbild Italiens hofften, am Aufstieg der Nazis und der Machtübertragung an Hitler hatten. Dr. Malinowski verwies in seinem Statement auf den Wahlauf Ruf Wilhelm von Preußens 1932 zugunsten der Nationalsozialisten und seine Rolle beim „Tag von Potsdam“ 1933. Stefanie Middendorf

vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam stellte unmissverständlich klar, dass die überwiegende Lehrmeinung sei, dass der Kronprinz beständig mit den antidemokratischen Kräften kooperiert habe, sowohl mit den Nationalsozialisten als auch mit den deutschnationalen Kräften.



Kronprinz Wilhelm und Adolf Hitler,
Foto: Bundesarchiv_Bild_102-14437_Georg_Pahl_Tag_von_Potsdam,_Adolf_Hitler,_Kronprinz_Wilhelm

Die anschließende Fragerunde nahm dann stellenweise absurde Formen an. Nachdem die Union die sonst üblichen Ausschussregeln extra geändert hatte, um sich von einer Stunde Frage-/Antwortzeit satte 21 Minuten zu sichern, bekam die CDU-Abgeordnete Elisabeth Motschmann es dann trotzdem nicht hin auch nur eine einzige vernünftige Frage an die Sachverständigen zu stellen. Das Ganze erinnerte frappierend an die Klimaleugnerdebatte. Trotz klarem wissenschaftlichen Befund wollen CDU und CSU weiter nach entlastenden Dokumenten für die Hohenzollern suchen lassen. Elisabeth Motschmann behauptete gar, dass sich bisher niemand die Mühe gemacht habe im Hohenzollernarchiv zu forschen und dort ganz sicher entlastendes Material zu finden sei. Offensichtlich hofft die ehemalige Baroness auf geheime Unterlagen über eine Widerstandsgruppe im preußischen Adelshaus. Wahnsinn. Selbst das Auftragsgutachten von Prof. Wolfram Pyta, der sich ewig im Hausarchiv der Preußen herumtreiben durften, traut sich auf 160 Seiten nur zwei Akten von dort zu nennen.

Ebenfalls bemerkenswert war der Auftritt der AfD: Deren Ausschussmitglied Marc Jongen legte sich mächtig ins Zeug für die Interessen der „Kleinen Leute“ aus der Erbengemeinschaft der Hohenzollern.

Die Debatte wird weiter gehen. Für DIE LINKE ist jedoch auch nach dieser Anhörung klar: Es darf keine Entschädigungen an Nachkommen der Monarchie geben!

Landtagsticker zur Sitzung im Januar

Kerstin Eisenreich, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Medienvielfalt für demokratische Willensbildung unverzichtbar

Am 15. Januar dieses Jahres wurde bekannt, dass die Mediengruppe der Mitteldeutschen Zeitung an die Bauer Media Group verkauft wird. Dieser gehört bereits die Volksstimme im nördlichen und mittleren Sachsen-Anhalt mit 18 Lokalausgaben. Hinzu kommt nun die größte Regionalzeitung im Süden mit 17 Lokalausgaben. Einziger weiterer Wettbewerber auf dem regionalen Zeitungsmarkt ist künftig die Altmark Zeitung. Damit hat die Bauer Media Group das Monopol im Land. Der medienpolitische Sprecher Stefan Gebhardt sieht in diesem Verlust gesunder Konkurrenz ganz klar auch eine Gefahr für die vielfältige journalistische Berichterstattung. „Medienvielfalt und damit auch publizistische Vielfalt ist in einer demokratischen Gesellschaft nicht nur wünschenswert sondern unbedingt schützenswert.“, sagte er. Daher forderte er, dass die publizistische Unabhängigkeit beider Zeitungen unbedingt gewahrt bleiben müsse.

Unterstützung der Kommunen durch das Land

Die kommunalen Haushalte haben sich in den vergangenen Jahren teils positiv teils negativ entwickelt. In der Summe die Landkreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden einen positiven Finanzierungssaldo auf und es konnten in der Gesamtsumme auch die Liquiditätskredite zurückgeführt werden. Eine Einzelbetrachtung relativiert dieses Ergebnis jedoch erheblich. Es gibt enorme Schief-lagen bei der Binnenverteilung der Finanzausstattung. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE beantragt, den Erlass des Ministeriums der Finanzen vom 21.03.2018 „Zuweisungen aus dem Ausgleichsstock § 17 Finanzausgleichsgesetz“ so zu überarbeiten, dass künftig auch Landkreise Mittel für Bedarfszuweisungen und Liquiditätshilfen erhalten können. Außerdem fordert sie, die Regelungen des Kommunalverfassungsgesetzes und die Verordnungs- und Erlasslage dahingehend zu überarbeiten, dass die Regelungen zur Haushaltskonsolidierung zunächst nur das strukturelle Defizit und die

in den vergangenen drei Jahren aufgelaufenen Fehlbeträge umfassen. Der finanzpolitische Sprecher Swen Knöchel sprach sich dafür aus, für Altfehlbeträge gesonderte, langfristig wirkende Regelungen zu schaffen, die auch Konsolidierungshilfen des Landes und Umschulungsregeln umfassen. Zudem solle die Landesregierung die Überlegungen des Bundes zu Hilfsprogrammen der von hohen Altfehlbeträgen betroffenen Kommunen unterstützen und auch über eigene Programme für die Umschulung und Rückführung von Liquiditätskrediten hoch verschuldeter Kommunen abzielen.

Biologische Vielfalt in der Kultur- und Agrarlandschaft

Die Fraktion DIE LINKE verweist in ihrem Antrag vom April 2019 auf den alarmierenden Verlust an biologischer Vielfalt in der Kultur- und offenen Agrarlandschaft. Die Landesregierung soll daher unter anderem die Flächenversiegelung im Sinne einer nachhaltigen Landschaftsentwicklung minimieren, die Mahdverpflichtung für Greeningflächen streichen und diese als Dauergrünland erhalten und fördern sowie räumliche und funktionale Biotopverbunde schaffen. Nach Beratung im Ausschuss für Umwelt und Energie empfiehlt dieser eine Beschlussempfehlung, die der umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange mit folgenden Worten kritisierte: „Leider bleibt die Beschlussempfehlung weit hinter den hohen Ansprüchen zurück, die eine Koalition unter grüner Beteiligung haben müsste. Festzustellen, dass die Regierung einfach so weitermachen soll wie bisher, meine Damen und Herren, ist einfach nur unterambitioniert.“ Deshalb forderte er das Plenum auf: „Lassen Sie uns also bitte beherzter unsere öffentliche Aufgabe zur Förderung der Biodiversität erfüllen und machen wir Sachsen-Anhalt im besten Sinne zu einer blühenden Landschaft.“ Die Fraktion DIE LINKE einen Änderungsantrag zur Beschlussempfehlung eingebracht, der diesen Forderungen eher gerecht wird. Dieser wurde vom Plenum abgelehnt.

Gesetz zur Parlamentsreform 2020 eingebracht

Die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE legen den gemeinsamen Entwurf eines Gesetzes zur Parlamentsreform 2020 vor. Darin soll unter anderem das Quorum zur Einleitung eines Volksbegehrens von 9 % auf 7 % gesenkt und die Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz erleichtert werden. Der parlamentarische Geschäftsführer Stefan Gebhardt sagte in der Debatte dazu: „Wir geben uns mit der Reform eine Reihe von neuen Staatszielen in einer Zeit, in der beim Klimaschutz, bei der Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse und er Bekämpfung von Rechtsextremismus neue Maßstäbe an unser Handeln gestellt werden.“ Die Fraktion DIE LINKE hätte sich durchaus noch weitere Änderungen gewünscht, z. B. beim Thema Parität. Auch die Schuldenbremse sehen wir eher kritisch, wenngleich mit der neuen Formulierung im Gesetz mehr Handlungsspielraum bestehe. Insgesamt gäbe es keinen Anlass für Selbstzufriedenheit. „Denn das Papier der Verfassung mag geduldig sein, die Bürger*innen sind es immer weniger.“ so Stefan Gebhardt in seiner Rede.

Verurteilung der völkerrechtswidrigen militärischen Invasion in Syrien

Im Oktober 2019 hatte die Fraktion DIE LINKE einen Antrag auf Verurteilung der militärischen Invasion des NATO-Partners Türkei in Nordsyrien in den Landtag eingebracht (Der Landtagsticker berichtete). Auch die AfD-Fraktion stellte einen Antrag zur Thematik. Nach Beratung im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien empfahl dieser dem Landtag, die Anträge in folgender Fassung anzunehmen: „Der Landtag von Sachsen-Anhalt verurteilt den völkerrechtswidrigen Militäreinsatz der Türkei in Nordsyrien, der zu großem humanitären Leid geführt hat und die Stabilität der Region beeinträchtigt. Der Landtag von Sachsen-Anhalt begrüßt alle diplomatischen Aktivitäten zur Beendigung der Krise.“

Kreisvorstand tagte in Bernburg

Christa Beier, stellvertretende Kreisvorsitzende

Die Beratung des Kreisvorstandes am 05.02.2020 in Bernburg begann mit einem Paukenschlag, denn alle Mitglieder hatten über die Medien bereits von dem Wahldebakel zur Wahl eines Ministerpräsidenten im Thüringer Landtag erfahren. Es herrschte große Empörung darüber, dass ein Mitglied der kleinsten Partei zum Ministerpräsidenten und offensichtlich mit den Stimmen der AfD gewählt wurde. Alle KV-Mitglieder äußerten die Vermutung, dass diese Wahl von langer Hand vorbereitet wurde, um die Wahl von Bodo Ramelow zum



Der Kreisvorstand bei seiner Sitzung in Bernburg, Foto: privat

Ministerpräsidenten zu verhindern.

In der Rückschau auf die Ergebnisse der letzten 4 Wochen wurde insbesondere auf die

Listensammlung zum Volksbegehren für ein Änderung des Schulgesetzes verwiesen. Es gibt in der Bevölkerung eine große Zustimmung. Es wurde auch auf dem Streik der AMEOS-Mitarbeiter hingewiesen, an dem sich viele Genossinnen und Genossen beteiligen. Der Neujahrsempfang des Kreisvorstandes in Bernburg wurde positiv eingeschätzt und vor allem die Teilnahme von Politikern anderer Parteien und Organisationen hervorgehoben. Verwiesen

Fortsetzung von Seite 5

wurde auch in der Diskussion auf die von der LINKEN organisierten und gut besuchten Gedenkveranstaltungen zum 75. Jahrestag der Befreiung des KZ- Auschwitz, die in den Regionen unseres Kreisverbandes statt fanden und auch ein Echo in den sozialen Medien fanden.

Genossin Dirlich informierte über die Ar-

beit der Kreistagsfraktion und verwies auf die Umstellung auf die digitale Ratsarbeit.

Es sollen in den Orten zusätzliche Sitzungen mit kompetenten Gesprächspartnern zu inhaltlichen Fragen durchgeführt werden. Genosse Roland Claus stellte einen Musterantrag zur Steuergerechtigkeit für Kommunen vor. Auf der Tagesordnung der KV- Sitzung stand weiterhin die Vorbereitung der Landtagswahl. Es wurde darüber informiert, dass Eva von An-

gern für den Wahlkreis Schönebeck als Direktkandidatin antritt. Dies wurde bereits in der örtlichen Presse veröffentlicht. Informiert wurde über die Gründung der Linksjugend im Salzlandkreis, die am 21.02.2020 im Büro in Bernburg stattfindet. Roland Claus informierte über weitere Veranstaltungen, wie „Lesen gegen das Vergessen“, den nächsten Landesparteitag in Aschersleben, Veranstaltungen zu 8. Mai und die Strategiekonferenz der Partei in Kassel.

Politstammtisch mit Stefan Gebhardt in Staßfurt

Klaus Magenheimer, Ortsvorsitzender DIE LINKE Staßfurt

Kurz nach dem gemeinsamen Neujahrsempfang beriet eine Staßfurter Runde zu Vorstellungen der Partei und der Landtagsfraktion zur Meisterung aktueller Probleme.

Da von der Koenkoalition momentan nichts Zukunftsfähiges auf die Reihe gebracht wird, will unsere Partei diesen Stillstand durch eigene Sachdebatten beleben. Sie macht ein Angebot mit einem Sozialstaatsdialog unter dem Motto „Was alle brauchen, muss kommunal bleiben!“. Handlungsfelder sind das Gesundheitswesen, die Altenpflege, der ÖPNV, das Vergaberecht und momentan die unzureichenden Personalausstattungen an den Schulen. Das konkrete Hinwenden zu diesen Problemen dient bereits der langfristi-

gen Vorbereitung der Landtagswahlen 2021. Es zeigt sich, dass die momentan 16 Mitglieder unserer Landtagsfraktion nicht ausreichen, um überall präsent zu sein und Sacharbeit zu leisten. Das spüren wir in Staßfurt besonders.

Einen breiten Raum in der lebhaften Debatte nahm der berechtigte Arbeitskampf der AMEOS-Angehörigen um angemessene Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und Rücknahme der Kündigungen ein. Mit Stolz wurde darauf verwiesen, dass wir die einzige Partei sind, die von Beginn an den Streikenden an allen Standorten solidarisch zur Seite steht. Als gelernter Krankenpfleger und Kenner der Materie stellte Stefan Gebhardt den aktuellen Antrag der Landtagsfraktion vor. Unter dem

Titel: „Öffentlich vor privat“ werden Vorschläge dafür unterbreitet, die Krankenhauslandschaft zu retten, langfristig zu sichern und zukunftsorientiert zu gestalten. Er verlangt, gemeinsam mit den Landkreisen Lösungen zu finden, um die öffentlichen Strukturen der Krankenhauslandschaft im Land zu stärken und weitere Privatisierungen zu verhindern. Dort, wo die Tätigkeit der privaten Klinikbetreiber im Gegensatz zum Sicherstellungsauftrag steht, soll eine Rückführung in die öffentliche Hand erfolgen. Hier könnte eine landeseigene Betreibergesellschaft die Aufgaben übernehmen. Zum Abschluss des Stammtisches gab es das Bekenntnis, den AMEOS-Angehörigen in ihrem Arbeitskampf weiter solidarisch zur Seite zu stehen.

Zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels – Zitat des Monats:



„Alles, was die Menschen in Bewegung setzt, muß durch ihren Kopf hindurch; aber welche Gestalt es in diesem Kopf annimmt, hängt sehr von den Umständen ab.“

Landtagsabgeordnete Eva von Angern zieht es nach Schönebeck

Sabine Dirlich, DIE LINKE ELSALAND

Beim gestrigen Besuch in Schönebeck gab die Vize-Vorsitzende der Linksfraktion im Magdeburger Landtag ihre Entscheidung bekannt, künftig ihre politische Zugehörigkeit im Salzlandkreis, in Schönebeck, zu verorten.

Als zuständige Landtagsabgeordnete für den Betreuungswahlkreis Schönebeck habe sie sehr gute Erfahrungen gesammelt und sich sowohl von den hiesigen Parteimitgliedern, wie auch von der Öffentlichkeit stets willkommen gefühlt. Bereits von der ehemaligen Bundestagsabgeordneten Dr. Rosemarie Hein wurde ihr die Unterstützung der Schönebecker Region empfohlen.

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt hat sich unlängst klar entschieden, mehr Präsenz im ländlichen Raum zu organisieren. Eva von Angern hat ihre Entscheidung für Schönebeck und den Salzlandkreis auch mit dieser Herausforderung verbunden.

Der große Salzlandkreis sollte nicht länger ohne eine eigene Abgeordnete im Landtag sein.

Als Magdeburger Abgeordnete wird Eva von Angern natürlich ihr Landtagsmandat in der Landeshauptstadt bis 2021 in vollem Umfang wahrnehmen. Zur nächsten Landtagswahl wird sie sich aber um eine Kandidatur im Wahlkreis Schönebeck und auf der Landesliste der LINKEN bewerben.



MdL Eva von Angern, Foto: privat

Eva von Angern hat im Kreisvorstand um Unterstützung für ihre Zukunftspläne geworben und dafür Zuspruch erhalten.

Ameos-Betriebsrat beim Neujahrsempfang in Aschersleben

Regina Koblischke, DIE LINKE Aschersleben

DIE LINKE konnte zu ihrem Neujahrsempfang 2020 zahlreiche Gäste empfangen.

Die stellv. Vorsitzende der Stadtfraktion Christine Klimt begrüßte die anwesenden Gäste, unter ihnen den stellv. Oberbürgermeister Herrn Schneidewind, Jörg Lemmert als Kreisvorsitzenden der Linken sowie Vertreter aus Politik, Sport- und Kulturvereinen. Außerdem waren Vertreter der Gewerkschaften ver.di und gdp anwesend. Sehr gefreut haben wir uns, dass wir Vertreter des Betriebsrates von Ameos begrüßen konnten.

In einer Schweigeminute wurde der Genossinnen und Genossen gedacht, welche nicht mehr unter uns weilen. Danach ging Frau Klimt in ihrer Rede auf die bisherige Arbeit der Fraktion ein, u. a. dass entgegen einer Pressemitteilung der Antrag zur Schaffung einer 2. Streetworker-Stelle von unserer Fraktion stammt. Sie warb für eine enge Zusammenarbeit mit den Bürgern. Auf Anregungen und Wünsche, auf Ärgernisse oder auch auf Erfreuliches wurde eingegangen und gemeinsam nach Lösungen

gesucht. Weiterhin verwies sie auf die Befreiung des Lagers Ausschwitz vor 75 Jahren und dass die Erinnerung daran nie verblassen darf. Auch die Dankbarkeit, die damit verbunden ist, dass seit 75 Jahren Frieden in Deutschland herrscht.

Unser Gast und Redner für diesen Abend war der Vorsitzende der Linken in Sachsen-Anhalt, Stefan Gebhardt. In seiner Rede ging er auf die Situation der Krankenhäuser im Lande ein, er hatte im Ascherslebener Krankenhaus den Beruf eines Pflegers gelernt, und skizzierte die Krankenhauslandschaft mit ihren unterschiedlichen Trägern. Weiterhin erklärte er, dass die LINKE solidarisch an der Seite und hinter den Forderungen der Ameosbeschäftigten nach einem Tarifvertrag steht. Er hob in seinen Ausführungen den Antrag der Landtagsfraktion zum Thema „Die Krankenhauslandschaft Sachsen-Anhalts kurzfristig retten, langfristig sichern und zukunftsorientiert gestalten!“ hervor. Damit möchte die Fraktion u. a. den Investitionsstau auflösen, eine bedarfsgerechte Finanzierung der Investitionen sichern, Lösungen zwischen

Land und Kommunen finden um öffentliche Strukturen der Krankenhauslandschaft zu stärken und weitere Privatisierungen verhindern zu können. Eine Rekommunalisierung von Krankenhäusern ist zurzeit ob der Finanzlage der Landkreise und Städte unmöglich, aber über eine Rückführung, in welcher Form auch immer, ist verstärkt nachzudenken.

Im Anschluss daran sprach der stellv. Betriebsratsvorsitzende des AMEOS Aschersleben, Herr Holger Waack, u. a. über die Stimmung unter den Streikenden, die Arbeit bei AMEOS und die Bezahlung. Beeindruckend und interessant zugleich waren die Zahlenvergleiche zu anderen Kliniken. In Gesprächen zwischen den Gästen und den Gastgebern konnten die ein oder anderen Fragen zu AMEOS beantwortet werden.

Den Vertretern des Betriebsrates und den Streikenden der AMEOS Klinik in Aschersleben konnten durch eine kleine Sammelaktion an diesem Abend über 200,00 € für die Streikkasse übergeben werden.

Jan Korte unterstützt Volksbegehren für mehr Lehrkräfte

Christian Härtel, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Das Bündnis „Den Mangel beenden - Unsere Kindern Zukunft geben!“ hat in Sachsen-Anhalt mit der Unterschriftensammlung für das Volksbegehren für deutliche Verbesserungen in der Unterrichtsversorgung und der Personalausstattung an den Schulen begonnen. Auch im Salzlandkreis ging das Volksbegehren an mehreren Orten erfolgreich an den Start. In Bernburg stellte der LINKE-Bundestagsabgeordnete Jan Korte anlässlich seines alternativen Neujahrsempfanges auf dem Karlsplatz die Ziele vor.

„Durch das Volksbegehren soll der Bedarf an Lehrkräften, pädagogischen Mitarbeitern und Schulsozialarbeitern im Schulgesetz fest verankert werden. Die Hürden des Volksbegehrens sind hoch, angesichts des gravierenden Mangels lohnt sich aber diese gewaltige Anstrengung“, zeigen sich Korte und die anwesenden Kommunalpolitiker der LINKEN überzeugt.

Dutzende Einwohner aus Bernburg und weiteren Nachbarkommunen nutzten die Gelegenheit, die Ziele des Volksbegehrens mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Viele nahmen Listen zur weiteren Sammlung im Familien- und Bekanntenkreis, im Verein oder der Nachbarschaft mit. Auch in den Regionen Aschersleben, Schönebeck und Staßfurt wird es weitere regelmäßige Aktionen zur Unterschriftensammlung geben.



Jan Korte und die Kreisvorsitzende Henriette Krebs am Infostand in Bernburg, Foto: privat

Nach Ansicht des Bündnisses haben die Schulen noch immer nicht genügend Personal, noch immer werden verabredete Maßnahmen nicht umgesetzt. Ziel ist es, im Schulgesetz einen festen Schlüssel für die notwendige Anzahl von Lehrkräften in Abhängigkeit von den Schülerzahlen einzuführen. Damit würde ein Rechtsanspruch auf eine bestimmte personelle Ausstattung definiert, ähnlich wie im Kinderförderungsgesetz.

An ein Volksbegehren sind sehr hohe An-

forderungen gestellt: Bis Anfang Juli müssen sich 9% der Wahlberechtigten dafür aussprechen, in Sachsen-Anhalt wären das momentan etwa 165.000 Personen, die für das Ziel unterschreiben müssten. Kommen die notwendigen Unterschriften zusammen, muss der Landtag den Gesetzentwurf des Bündnisses behandeln. Wird er nicht angenommen, gibt es einen Volksentscheid dazu. Weitere Infos und Unterstützungsmöglichkeiten gibt es unter: www.denmangelbeenden.de

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Februar
recht herzlich**

zum 89. Geburtstag
Alfred Müller

zum 87. Geburtstag
Wolfgang Grötschel

zum 86. Geburtstag
Helga Wilke

zum 83. Geburtstag
Josef Braun

zum 82. Geburtstag
Isolde Hampe
Hans-Werner Moede

zum 81. Geburtstag
Martha Steinecke

zum 80. Geburtstag
Heinz Maiberg

zum 70. Geburtstag
Dietlinde Kaufmann

**Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
Februar Geburtstag haben**



Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung sucht ständig Artikel aus allen Regionen des Salzlandkreises. Wir freuen uns über Beiträge über alle Veranstaltungen bei euch. (Kontakt siehe rechte Spalte).

Termine im „Linkstreff“

Im Ascherslebener Büro (Oststraße 5) gibt es immer am 1. und 3. Montag im Monat von 15 bis 17 Uhr eine **LINKE Sprechstunde** und immer am 2. Montag im Monat das **„Kaffee mit Links“**.

„Kaffee mit Links“ in Bernburg

Am **11.03.2020 ab 16 Uhr** gibt es die nächste Gelegenheit, im Bernburger Wahlkreisbüro bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch zu kommen.

**Volksbegehren „Den Mangel
beenden“**

Der Kreisverband unterstützt das Volksbegehren und sammelt bis Anfang Juli Unterschriften für mehr Personal an den Schulen in Sachsen-Anhalt. Wir bitten um eure Unterstützung! Unterschriftenlisten gibt es in den Büros in Aschersleben, Bernburg, Schönebeck und Staßfurt oder im Internet unter www.denmangelbeenden.de. Bei Fragen könnt ihr euch jederzeit an den Kreisvorstand wenden (Kontakt siehe unten).

**Sprechzeiten im Staßfurter
Fraktionsbüro**

MO: 12:00 Uhr bis 17:00 Uhr

DI: 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr

DO: 14:30 Uhr bis 18:00 Uhr

FR: 8:30 Uhr bis 12:00 Uhr

Die Fraktion ist auch wie folgt zu erreichen: Tel. / Fax: 03925 - 322 381, E-Mail: ktf@dielinke-salzlandkreis.de.

**Frauentagsveranstaltungen im
Salzlandkreis:**

Ortsverband Bernburg:

Am 06.03.2020 ab 15:30 Uhr im Saal der Stiftung Evangelische Jugendhilfe (Große Einsiedelsgasse).

Ortsverband Staßfurt:

Am 10.03.2020 ab 14:30 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität (Luisenplatz).

Ortsverband Aschersleben:

Am 09.03.2020 ab 15 Uhr mit MdL Eva von Angern im „Linkstreff“ (Oststraße).

Ortsverband Saale-Wipper:

Am 08.03.2020 ab 15 Uhr im Gemeindesaal Amesdorf.

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE.
im Kreistag Salzlandkreis**

Die Fraktion führt ihre nächste Sitzung am **02.03.2020 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro durch.



Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am **04.03.2020 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße 94).

**ClimatePartner[®]
klimaneutral**

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde klimaneutral auf Recyclingpapier gedruckt.

**Einsendeschluss für die nächste
DLZ ist der 06. März 2020.
Redaktionsschluss für diese
Ausgabe war
der 07. Februar 2020.**

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.